

Reformbedarf kein Grund für Beitragsverweigerung

Rede des deutschen Außenministers vor der 51. UN-Generalversammlung
(25. September 1996)

KLAUS KINKEL

Im letzten Jahr haben wir die Bilanz eines halben Jahrhunderts UN-Geschichte gezogen. Der Stein, den wir wie Sisyphus den Berg hinaufschleppen, scheint immer wieder ein Stück zurückzurollen. Das darf uns nicht entmutigen. Es bleibt unsere Verantwortung, dem gerecht zu werden, was wir anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums der Weltorganisation feierlich bekräftigt haben: den Frieden zu wahren und Menschen in Not und Armut zu helfen. Sie, Herr Präsident, haben uns allen für diese 51. Generalversammlung eine Mahnung mit auf den Weg gegeben: Wir müssen über den Horizont unserer nationalen Grenzen hinaus denken und handeln! Wir dürfen nach den Versprechungen des Jubiläumjahres jetzt nicht in Routine und Rituale zurückfallen. Die Vision einer friedlicheren und gerechteren Welt darf nicht verlorengehen. Diese Weltorganisation muß das Weltgewissen bleiben! Wer sonst als dieses Forum sollte denn darüber wachen, daß nicht gemordet und gefoltert wird, daß Flüchtlinge mit dem Notwendigsten versorgt werden und unsere Kinder Schutz und Fürsorge bekommen?

Diese Welt ist zutiefst ungerecht. Millionen von Menschen haben von der ersten Sekunde ihrer Geburt an kaum eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben. Es darf kein Wegschauen geben – das betrifft uns alle. Kein Land, keine Region und keine Staatengruppe kann allein auf sich gestellt alle Lasten und Nöte dieser Welt tragen. Alle, auch die Stärksten, brauchen Solidarität, Mithilfe. Wie soll ohne internationales Zusammenwirken etwa dem Terrorismus, einem Krebsgeschwür unserer Zeit, ein Riegel vorgeschoben werden? Die Geschichte der letzten zehn Jahre hat gezeigt: Grund zur Resignation besteht nicht. Es gibt Fortschritte – wenn wir uns zusammen tun und solidarisch handeln. Das ist die Lehre aus Bosnien, aus Südafrika, dem Nahen Osten und den historischen Abrüstungserfolgen der letzten Jahre. Jedes Kind, das in Rwanda oder in Burundi vor dem Tode gerettet wird, jeder Flüchtling, der in Bosnien wieder in sein Heimatdorf zurück kann, jedes Tropenwaldgebiet, das wir vor dem Abholzen retten, muß uns bestärken, uns Hoffnung geben. Die eine Welt braucht einiges Handeln!

In Bosnien-Herzegowina fanden jetzt erstmals nach vier schlimmen Kriegsjahren freie Wahlen statt. Damit wurde eine wichtige Voraussetzung für den Wiederaufbau des Landes geschaffen. Jetzt müssen die gemeinsamen Institutionen unverzüglich errichtet werden. Es ist wichtig, daß die künftigen Mitglieder des dreiköpfigen Staatspräsidiums noch vor Ende September in Sarajevo zusammentreten. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hatte bei der Überwachung der bosnischen Wahlen eine ganz schwierige Aufgabe. Auf dem Lissaboner Gipfel Anfang Dezember muß die Handlungsfähigkeit dieser Organisation weiter gestärkt werden. Sie ist und bleibt ein unentbehrlicher Pfeiler der neuen europäischen Friedensordnung, die wir nach dem Fall des Eisernen Vorhangs als notwendig erachten. Die Kräfte für den Frieden in der Region sind allein noch nicht stark genug, es gibt noch keine selbsttragende Stabilität. In Bosnien-Herzegowina kann es keine ›Dauer-Weltpolizei‹ geben – nicht einmal die 60 000 Soldaten der NATO, der Vereinten Nationen und all der beteiligten Länder können den Frieden vor Ort garantieren –, aber für einen begrenzten Zeitraum braucht dieses Land weiterhin eine Brandwache. Hierfür bedarf es eines neuen Mandats des Sicherheitsrats. Deutschland ist bereit, einen militärischen Beitrag zu leisten. Deutschland übt mit der Aufnahme von über 320 000 Kriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina menschliche Solidarität. Bei uns befinden sich außerdem über 130 000 ausreisepflichtige jugoslawische Staatsangehörige, die meisten von ihnen aus dem Kosovo. Das ist für uns eine große Bürde, auch finanziell. Allerdings: Wir haben diesen Menschen aus humanitären Gründen bei uns vorübergehend Schutz gewährt und sie aufgenommen, und wir werden nun, wo eine Rückkehr möglich ist, auch bei ihrer Rückführung die Humanität nicht vergessen.

Europa hat sich über Jahrhunderte in Bruderkriegen zerrieben. Die jetzt stattfindende friedliche Vereinigung des europäischen Kontinents ist eine Botschaft der Hoffnung für die ganze Welt. Die ersten unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarn werden den euro-atlantischen Institutionen schon bald angehören. Deutschland verdankt seine Einheit dem Vertrauen, das die Welt unserer Politik der Versöhnung und der guten Nachbarschaft geschenkt hat. Für uns ist das Verpflichtung: Wir werden gemeinsam mit Frankreich der Motor der Europäischen Union bleiben. Mein Vorgänger, Hans-Dietrich Genscher, hat 1989 von dieser Stelle aus gegenüber Polen die Hand ausgestreckt. Ich möchte mich heute besonders an unsere tschechischen Nachbarn wenden und sagen: Wir werden die deutsch-tschechische Erklärung in Kürze verabschieden. Tschechen wie Deutsche können mit Zuversicht in eine gemeinsame europäische Zukunft schauen!

Auch das russische Volk muß ein Gewinner der europäischen Einigung sein. Die von der NATO angestrebte besondere Partnerschaft mit Rußland ist eine für Frieden und Sicherheit in Europa zentrale Frage. Und deshalb wollen wir möglichst schnell zwischen der NATO und Rußland die Eckpunkte einer Charta erarbeiten, wie ich sie bereits vor eineinhalb Jahren auf einem Treffen der EU-Außenminister in Carcassonne vorgeschlagen habe. Unser Angebot

steht: Rußland soll unsere gemeinsame europäische Zukunft gleichberechtigt mitgestalten. Dieses Land muß in Europa einen seiner Größe und Bedeutung angemessenen Platz erhalten.

Zur Friedensbotschaft der Europäischen Union gehört: Wir Europäer stehen für eine Politik internationaler gleichberechtigter Zusammenarbeit und eine globale Entwicklungs- und Umweltpartnerschaft für das 21. Jahrhundert. Hierfür eröffnet die Globalisierung von Wirtschaft und Technologie neue Chancen. Noch nie haben so viele Menschen einen so großen Entwicklungssprung gemacht wie in den letzten zehn Jahren. Im Jahre 2020 werden, wenn der gegenwärtige Trend anhält, unter den 15 Ländern mit dem größten Bruttoinlandsprodukt neun heutige Entwicklungsländer sein.

Das Erfolgsrezept: freie Märkte, Demokratie, Rechtssicherheit, Integration in die Weltwirtschaft. Diese Art von ›good governance‹ wurde 1995 mit 150 Milliarden Dollar privater Direktinvestitionen belohnt. Jedoch fließen 90 vH dieser Investitionen in nur zwölf Länder, und der Abstand der Armen zum Rest der Welt wird immer größer. Der Weltsozialgipfel gibt die Zahl der ›Armen‹ mit 1,3 Milliarden Menschen an, fast ein Viertel der Menschheit. Hier muß von beiden Seiten etwas geschehen – Hilfe der Staatengemeinschaft und Selbsthilfe von seiten der betroffenen Länder. Das eine ist die Voraussetzung für das andere.

Ich werde mich heute abend wieder mit meinen afrikanischen Kollegen treffen. Das Schicksal dieses großen Nachbarkontinents Europas liegt mir besonders am Herzen. Deshalb wende ich mich dagegen, in Afrika immer nur die Schattenseiten und nicht die Hoffnungszeichen zu sehen. Und die gibt es: Die Demokratisierung macht Fortschritte, in 17 Staaten wird in diesem Jahr gewählt. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum ist erstmals seit langer Zeit höher als das Bevölkerungswachstum. Die Lebenserwartung stieg seit 1960 um über 25 vH. Immer mehr Kinder besuchen eine Schule. Deutschland unterstützt Afrikas Integration in die Weltwirtschaft und die Entwicklung seiner eigenen Kräfte. Die ›Neue Agenda der Vereinten Nationen für die Entwicklung Afrikas in den neunziger Jahren‹ ist hierfür eine gute Grundlage. Auch die Sonderinitiative des Generalsekretärs für Afrika sollte von allen Beteiligten zu gemeinsamem Handeln genutzt werden. Aber es bleibt noch viel zu tun. In Burundi dürfen sich die Schrecknisse Rwandas nicht wiederholen. Die Vereinten Nationen sollten allerdings nicht bei jedem Konflikt die erste Anlaufstation sein. Sie können nicht jedes Problem lösen, und deshalb müssen die Regionalorganisationen ein größeres Maß an Verantwortung übernehmen.

So wie die OSZE hat auch die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) einen Reifeprozeß durchgemacht, der Respekt abtötigt. Deutschland hat ihren Konfliktregelungsmechanismus – auch mit Blick auf Burundi – mit bislang einer Million DM unterstützt. Viel Hoffnung ruht auf den Bemühungen von Julius Nyerere. Das Vorhaben einer Konferenz über das ostafrikanische Zwischenseengebiet wird von Deutschland und der Europäischen Union unterstützt. Deutschland wird den Ländern Afrikas ein guter Partner und Freund bleiben. Dies wird auch meine Botschaft auf dem bevorstehenden zweiten Ministertreffen zwischen der EU und der Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC) in Windhuk sein. Die Regionalisierung in Afrika ist ein Element der Hoffnung. Das Paradebeispiel ist das Südliche Afrika mit der SADC. Diese Region muß zu einer Lokomotive für den gesamten Kontinent werden!

Eine Nachbarregion, deren Schicksal Europas Lebensnerv unmittelbar berührt, ist der Nahe Osten. Das ist auch der Hauptgrund für unser großes Engagement dort. Deutschland hat durch seine Geschichte ein besonderes Verhältnis zu Israel – das bleibt unverrückbar. Wir sind bilateral und über die Europäische Union der wichtigste Geber für die Palästinenser. Deutschland wird dieses Engagement fortsetzen. Das habe ich in meinen Gesprächen mit dem israelischen Außenminister Levy und mit Präsident Jassir Arafat in Bonn bekräftigt. Terroristen dürfen keine Chance haben, den Weg zum Frieden zu verbauen. Die Abriegelung von Gaza und Westjordanland muß gelockert und möglichst bald ganz aufgehoben werden. Darum sind wir alle gemeinsam bemüht. Der Kampf gegen den Terrorismus muß ganz oben auf der internationalen Agenda bleiben! Ich appelliere nachdrücklich an alle Beteiligten, den eingeschlagenen Friedensprozeß ohne Verzögerung fortzusetzen. Es gibt keine Alternative.

Nach Schätzungen werden im Jahre 2030 etwa zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben. Um ihretwillen – und das sind unsere Kinder und Enkel – müssen wir heute die Entscheidungen dafür treffen, daß die Erde bewohnbar bleibt. Frieden und Menschenwürde, wirtschaftlicher Fortschritt und Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind untrennbar verbunden. Ohne soziale Gerechtigkeit, ohne Perspektive für wirtschaftliches Fortkommen werden wir den Teufelskreis von Armut, Umweltzerstörung und Bevölkerungsexplosion nicht durchbrechen können. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Jede Sekunde werden drei neue Erdenbürger geboren, pro Jahr wächst die Weltbevölkerung fast um 100 Millionen Menschen. Sie alle brauchen Nahrung,

Kleidung, Schulen, ein Dach über dem Kopf. Pro Minute gehen weltweit 29 Hektar tropischen Regenwaldes verloren – eine Fläche, die der Größe von 40 Fußballfeldern entspricht.

Antoine de Saint-Exupéry hat uns gemahnt: »Die Menschheit hat die Erde nicht von ihren Vätern ererbt, sondern von ihren Kindern entliehen.« Dieses Bewußtsein wurde auf dem »Erdgipfel« von Rio de Janeiro geschärft. Nord und Süd, West und Ost sind eine Überlebensgemeinschaft im Raumschiff Erde, dessen blaue Hülle immer zerbrechlicher wird. Jetzt geht es darum, aus diesem Umweltbewußtsein Umwelthandeln zu machen! 1997 wird dafür ein Schlüsseljahr sein. Die Sondergeneralversammlung für Umwelt und Entwicklung muß für das nächste Jahrtausend Weichen stellen, die Mensch, Natur und Ökonomie wieder ins Gleichgewicht bringen. Die deutsche Wirtschaft hat sich freiwillig dazu verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 20 vH zu verringern. Gegenüber 1990 hat Deutschland eine Verminderung um fast 13 vH erreicht und damit weltweit eine Vorreiterrolle übernommen. Deutschland beteiligt sich am Pilotprogramm zum Schutz der brasilianischen Tropenwälder mit einem Zuschuß in Höhe von 312 Millionen DM und trägt damit 60 vH der bisher bereitgestellten Zuschüsse. Wir appellieren an die Staatengemeinschaft, sich hier noch stärker zu engagieren. Wir können nur gemeinsam gewinnen oder gemeinsam verlieren! Auf der Klimakonferenz in Japan 1997 muß das vor einem Jahr in Berlin gesteckte Ziel erreicht werden: Die Verabschiedung eines substantiellen und verbindlichen Protokolls zur Verminderung von Treibhausgas-Emissionen. Die überwiegende Mehrheit der Staaten hat sich kürzlich in Genf für konkrete Ziele und Fristen ausgesprochen. Das ist ermutigend.

Ihnen allen möchte ich für Ihre Unterstützung bei der Ansiedlung des Sekretariats der Klimarahmenkonvention in Bonn nochmals danken. Ich bitte Sie, unseren Vorschlag zu unterstützen, auch das Sekretariat des »Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika« in Bonn anzusiedeln, zumal es mit dem Klimasekretariat eng zusammenarbeiten muß. Die Vereinten Nationen werden sehen, daß es sich in unserem Land gut leben und arbeiten läßt.

Die Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung stellt zu Recht den Menschen in den Mittelpunkt aller Bemühungen. Unser Hauptaugenmerk muß unverändert der Armutsbekämpfung gelten, der Erziehung und Berufsausbildung. Auch wenn das kein Stoff für Schlagzeilen ist: Das ist und bleibt – zusammen mit der Friedenssicherung – eine unserer Hauptaufgaben. Die Chancengleichheit der Frauen darf nicht nur auf dem Papier stehen!

Für Menschenwürde und Menschenrechte gilt der Satz: »Nichts ist stärker als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.« Der Fall der Mauer in Berlin hat gezeigt: Die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit und persönlichem Glück ist auf Dauer stärker als jede Diktatur. Und deshalb wird auch der weltweite Kampf für die Menschenrechte nicht vergeblich sein. Im Grunde geht es um etwas Selbstverständliches: Daß wir einander als Menschen behandeln. Daß wir anderen Menschen nichts antun, was wir selber nicht gerne erleiden möchten. Mörder und Folterter dürfen nicht ruhig schlafen. Mladic und Karadzic und alle, gegen die ein Haftbefehl vorliegt, gehören vor das Internationale Tribunal im Haag. Deutschland tritt für die baldige Einberufung einer Staatenkonferenz mit dem Ziel der Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs ein. Es gibt einen Kernbestand von Menschenrechten, der allen gemeinsam ist und der universelle Geltung hat. Das wurde auf der Menschenrechtskonferenz in Wien völkerrechtlich untermauert. Davon kann und darf es kein Abrücken geben!

Nach dem Ende des West-Ost-Konflikts gewinnt der Dialog zwischen den Kulturen immer größere Bedeutung. Bei uns in Deutschland leben an die 2,5 Millionen Muslime. Schon deshalb ist für uns ein größeres gegenseitiges Verständnis zwischen Christentum und Islam ein besonderes Anliegen.

Ein Thema, das mir als ehemaligem Justizminister auf der Seele brennt, ist der Schutz unserer Kinder, der Schwächsten in unserer Gesellschaft. Am 20. September war Weltkindertag. Sein Motto: »Kinder haben Rechte!« Wie sehen sie in Wirklichkeit aus – diese Rechte? Jeden Tag verhungern 35 000 Kinder. Zwölf Millionen Kinder werden nicht älter als fünf Jahre. Zwei Millionen werden zur Prostitution gezwungen. 200 000 Kinder werden weltweit in Kriegen als Soldaten eingesetzt. Millionenfach werden sie weltweit als billige Arbeitskräfte mißbraucht.

Die Stockholmer Konferenz über den sexuellen Mißbrauch von Kindern hat die Weltöffentlichkeit wacherüttelt, und ich möchte der schwedischen Regierung als Gastgeber und Organisator dieser Konferenz, die uns erschüttert und zum Handeln bewegt hat, danken. Was unseren Kindern da angetan wird, ist ein Schandfleck für unsere Zivilisation. Dem Aktionsplan von Stockholm müssen jetzt weltweit Taten folgen. Das sind wir unseren Kindern schuldig. Wer sich an den Schwächsten in unserer Gesellschaft, den Kindern, vergeht, gehört gesellschaftlich geächtet!

»Der Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.« Dieser Satz wurde noch in einer Zeit geprägt, als sich Ost und West bis an die Zähne gerüstet gegenüberstanden. Seither ist der Alptraum des nuklearen Infernos von uns genommen. Die gestrige Unterzeichnung des Teststopp-Vertrags war nach einem halben Jahrhundert weltweiter Debatten und Proteste gegen Atomversuche ein weiterer historischer Schritt dabei. Mit dem Dank an Australien möchte ich einen Appell an alle Staaten verbinden, diesen Vertragstext sobald wie möglich zu ratifizieren. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind über 2000 nukleare Tests durchgeführt worden. Es liegt jetzt in unserer Hand, daß dies ein für alle Mal der Vergangenheit angehört. Wer hier das Gute zurückweist, weil er nur das Vollkommene akzeptiert, sollte an sei-

ne Verantwortung für künftige Generationen denken! Wir können den Geist des Atoms nicht mehr in die Flasche zurückzwingen, aber wir schulden es unseren Kindern und Enkeln, ihn zumindest zu zähmen.

Von gleicher Tragweite ist die vollständige Abschaffung aller chemischen Waffen. Im nächsten Frühjahr muß die Chemiewaffen-Konvention in Kraft treten. Alle Staaten – und besonders die mit den größten Beständen – müssen ihrer großen Verantwortung nachkommen und die C-Waffen-Konvention möglichst bald ratifizieren.

Ich möchte auch ein Problem ansprechen, das mir persönlich sehr wichtig ist und das von einer ganz anderen Art von Massenvernichtungswaffen herrührt: Anti-Personen-Minen. Ich war in Mosambik und in Kambodscha und habe mir dort ein Bild von der Lage verschafft. Hunderte von Millionen solcher Anti-Personen-Minen befinden sich nach wie vor im Boden. Sie töten und verstümmeln weltweit pro Jahr an die 20 000 Menschen, machen ganze Landstriche auf Dauer unbewohnbar. Diese heimtückischen Mordwerkzeuge müssen endlich geächtet werden!

Deutschland hat auf Anti-Personen-Minen vollständig verzichtet und ein einseitiges Exportverbot verhängt. Die Restbestände werden bis Ende 1997 vernichtet. In meinem 7-Punkte-Aktionsprogramm habe ich eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, um den in Genf erreichten Schwung in dieser Frage zu erhalten. Weil meiner Meinung nach das Motto lauten muß »einen Schritt nach dem anderen«, geht es mir dabei vor allem darum, die Minenräumung effizienter zu machen. Wir werden schon bald an einer Konferenz in Kanada teilnehmen, die sich mit den politischen Aspekten dieses Problems befaßt, mit dem Ziel, ein Verbot der Landminen zu erreichen. Aber gleichzeitig sollten wir uns auch darauf konzentrieren, die Effizienz der Minenräumung zu verbessern, das heißt mechanisches Räumgerät zu erproben und einzusetzen. Wir brauchen schnell serienreife Minenräumgeräte, die in hohen Stückzahlen produziert werden können und der Minenplage Abhilfe schaffen, ohne Menschen zu gefährden. Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen schon einmal bei einem Minenräumeinsatz zugeschaut hat. Das Minenräumen von Hand gleicht dem Abtragen von Sanddünen mit einem Fingerhut. Ich finde es unglaublich, daß hochentwickelte Nationen wie die unsere und viele andere nicht in der Lage sind, eine Maschine für Minenräumeinsätze großen Umfangs zu bauen. Unser technisches Fachwissen muß darauf gerichtet sein, in dieser Sache möglichst rasch Fortschritte zu erzielen.

Wenn wir »den Frieden gewinnen« wollen, dann müssen wir unser Augenmerk – neben der Konfliktvorbeugung – verstärkt auch auf die Situation nach Beendigung einer militärischen Auseinandersetzung richten. »Peace-building« – das war das Thema einer von uns im Juli in Berlin organisierten internationalen Konferenz. Diese hat eine Reihe interessanter konkreter Ergebnisse gebracht, die wir jetzt in einem Bericht allen Mitgliedstaaten zugänglich machen. Gemeinsam mit anderen Ländern werden wir während dieser Generalversammlung einen Resolutionsentwurf zur »Friedenskonsolidierung durch praktische Abrüstungsschritte« vorlegen. Ob in Bosnien, Rwanda oder Angola – alle vorherigen Anstrengungen sind vertan, wenn es nicht gelingt, ein Wiederaufblühen der Gewalt zu verhindern. Die Hauptlast tragen dabei die rund 26 000 Blauhelme und zivilen Mitarbeiter von Friedensmissionen sowie die unzähligen tapferen Helfer von Nichtregierungsorganisationen, die rund um die Welt unter schwierigen Bedingungen ihren Dienst tun. Hier vor den Vereinten Nationen möchte ich den Nichtregierungsorganisationen meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Wir sind stolz auf sie.

In unserer Entschließung aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen haben wir uns feierlich verpflichtet, dem nächsten Jahrtausend eine Uno zu übergeben, die so ausgestattet und finanziert ist, daß sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Die größte politische Tragweite hat die Reform des Sicherheitsrats, in dem wir in den letzten zwei Jahren intensiv mitgearbeitet haben. Dieser zentrale Wächter über den Weltfrieden hat noch das Gesicht von 1945, er braucht aber das Gesicht des Jahres 2000. Das ist eine Frage der Legitimität, Glaubwürdigkeit und Effektivität dieses Gremiums. Nach dreijähriger Diskussion ist es nun an der Zeit, die vorliegenden Elemente zusammenzufügen und den Umbau anzupacken. Wir freuen uns, daß eine große Zahl von Mitgliedstaaten für einen Ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat eintritt. Die Zeit rückt näher, in der die Generalversammlung entscheiden muß.

Was uns nach wie vor am meisten auf den Nägeln brennt, ist die Finanzkrise. Rationalisierung und Reform der Organisation sind unumgänglich und dringlich – ein Blick in ihre Bücher genügt. Viel ist schon erreicht worden: Im regulären UN-Haushalt herrscht Nullwachstum, das Personal des Sekretariats wurde um mehr als 1000 Stellen gekürzt, weitere Kürzungen werden im nächsten Jahr folgen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle dem Generalsekretär und seinen Mitarbeitern, die am UN-Sitz und draußen vor Ort – trotz Stellenkürzungen und ständig fehlender Mittel – immer wieder Hervorragendes leisten, meinen Dank aussprechen. Lassen Sie mich noch folgendes hinzufügen: Die Vereinten Nationen können in ihrem Handeln und ihren Entscheidungen nur so stark sein, wie ihre Mitgliedstaaten es zulassen. Diese Tatsache wird bei der Kritik an der Organisation gerne übersehen. Ich betone diesen Punkt, weil ich der Meinung bin, daß die Welt außerhalb der Vereinten Nationen ein verzerrtes Bild von diesen hat. Die Vereinten Nationen sind wir, die Mitgliedstaaten. Wir können nur das erreichen, was wir gemeinsam erreichen wollen. Aber – ich wiederhole – wir werden weiter sparen und rationalisieren müssen! Nur: Reformbedarf ist keine Begründung für Beitragsverweigerung. Und besondere Rechte bringen auch besondere Pflichten mit sich.

Der deutsch-amerikanische Philosoph Hans Jonas hat die Verantwortung zum wichtigsten Prinzip unseres neuen Zeitalters erklärt. Handeln wir danach!